



Herrn
Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Rathaus Galerie
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

1. Oktober 2010

Dringlichkeitsantrag Ausbau der Balkantrasse als Rad- und Wanderweg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Freie Wähler UWG-UWG bitten um Aufnahme folgenden Dringlichkeitsantrages zur Sitzung des Rates am 04.10.2010. Die besondere Dringlichkeit ergibt sich aus der Antragsfrist bis 31.12.2010.

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Ausbau des Leverkusener Teilstücks der ehemaligen Kursbuchstrecke 411 (Balkanexpress) als Rad- und Wanderweg bei der Bezirksregierung Köln unverzüglich einen Einplanungsantrag zur Aufnahme in das entsprechende Förderprogramm des Landes NRW zu stellen. Der Antrag muss spätestens am 31.12.2010 bei der Bezirksregierung Köln gestellt sein.

Der Stadt Leverkusen entstehen hierbei keinerlei Kosten und sie geht hiermit auch für die Zukunft keinerlei Kostenverpflichtungen ein.

Begründung:

Der Rat der Stadt Leverkusen hat am 24.08.2009 beschlossen, dass für eine dauerhafte Verfügbarkeit der Balkantrasse zwecks zukünftiger Nutzung als Rad- und Wanderweg Sorge zu tragen ist.

Die Verwaltung sollte in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung prüfen, wie der Trassen-Ausbau für diesen Zweck ohne städtische Kostenbeteiligung für Erwerb und Unterhaltung zu realisieren ist.

Am 14.05.2010 hat sich der ‚Verein der Freunde und Förderer der Balkantrasse Leverkusen e.V.‘ gegründet, der sich die Erbringung des kommunalen Eigenanteils bei der Finanzierung der Maßnahme sowie deren Folgekosten zum Ziel gesetzt hat. Eine haushaltsmäßige Belastung der Stadt Leverkusen wird ausgeschlossen.

Vor einem konkreten Förderantrag ist als erste Stufe ein Einplanungsantrag bei der Bezirksregierung Köln zu stellen. Dieser ist die Grundlage und Bedingung für die Prüfung, ob die Maßnahme in das Förderprogramm des Landes NRW aufgenommen werden kann.

In diesem Verfahrensschritt entstehen keine Verpflichtungen zur Realisierung der Maßnahme oder zur Kostenübernahme. Ein Verzicht auf eine Weiterverfolgung kann jederzeit ohne finanzielle Konsequenzen erfolgen.

Für den Fall der Aufnahme in das Förderprogramm wird die Bahnentwicklungsgesellschaft (BEG) ein qualifiziertes Gutachten über die zu erwartenden Kosten vorlegen, hieraus entstehen der Stadt Leverkusen ebenfalls keinerlei finanzielle Verpflichtungen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Bündnis 90/Die Grünen CDU FDP Freie Wähler OWG-UWG

Klaus Hupperth, Fraktionsvorsitzender

Roswitha Arnold, Fraktionsvorsitzende

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens, Fraktionsvorsitzende

Thomas Wolf, Fraktionsvorsitzender

Für den Bezirk II

R. Schiefer, Bezirksvorsteher

M. Keil und Dirk Danlowski, Bündnis 90/Die Grünen

W. Schröder, Freie Wähler OWG-UWG

i.A. Marita Schmitz, Fraktionsgeschäftsführerin